

der Augsburger Zeitung unterstützt wurde. Cotta entwickelte sie zu einem der wichtigsten philhellenischen Organe im Deutschen Bund, was aber vielfach auch von den Korrespondenten, von denen die „Allgemeine Zeitung“ mit Nachrichten versorgt wurde, erheblich gesteuert werden konnte, wenn etwa Greuelthaten von Griechen heruntergespielt, die der Osmanen besonders herausgestellt wurden. Letztlich lebte die Zeitung und bezog ihren besonderen Ruf von den Korrespondenten, war aber auch von ihnen abhängig. Dies zeigte sich etwa in der Zeit des russisch-osmanischen Kriegs 1828/29, als direkt vom Zarenreich beauftragte Mitarbeiter der Zeitung ihre Berichte dort unterbrachten. Der Versuch Österreichs mitzuhalt zu scheiterte. Dies änderte sich erst, als das Russische Reich eine expansive Politik betrieb.

Dies führte in der „Allgemeinen Zeitung“ auch zu einer unterschiedlichen Einordnung des Osmanischen Reichs. In der Krise während des griechischen Aufstands als Hort des Despotismus angesehen, plädierte sie für die Aufrechterhaltung von dessen Existenz, als das Zarenreich in den 1830er Jahren ebenfalls dafür eintrat. Als schließlich unter dem Eindruck des osmanisch-ägyptischen Kriegs 1839 ein Zusammenbruch des Staats drohte, sprach sich die Zeitung für eine Aufteilung aus, an der sich die deutschen Staaten beteiligen sollten, wobei an eine habsburgische Provinz in Bosnien und deutsche Kolonien an der Donau, aber auch in Kleinasien gedacht wurde.

Schwarz folgt in seiner lesenswerten Dissertation den wechselnden Haltungen der „Allgemeinen Zeitung“ zum Osmanischen Reich, wobei er sehr ausführlich auf die Ansichten der Korrespondenten eingeht. Indirekt macht der Autor aber auch deutlich, wie vorsichtig Zeitungsartikel als „objektive“ Quelle zu benutzen sind, wenn nichts über die Einstellung der Zeitungsherausgeber und/oder die Absichten der Artikelschreiber bekannt ist.

---

*Dominik Feldmann*, Von Journalisten und Diplomaten. Die Entdeckung der Presse für die Außenpolitik in Preußen und Österreich 1849–1879. (Historische Forschungen, Bd. 110.) Berlin, Duncker & Humblot 2016. 249 S., € 89,90.

// DOI 10.1515/hzhz-2017-1225

---

Matthias Stickler, Würzburg

Der zu besprechende Band, eine bei Günther Kronenbitter entstandene Augsburger Dissertation, behandelt ein wichtiges Desiderat der mediengeschichtlichen For-

schung: Er untersucht die pressepolitischen Organisationsstrukturen Preußens und der Habsburgermonarchie zwischen Revolution und Zweibund sowie die Bedeutung der Pressepolitik für das wechselseitige Verhältnis beider deutscher Großmächte. Dass Feldmann hierbei die Zäsur 1866 ein Stück weit relativiert, folgt den Ergebnissen der jüngeren Forschung zur Geschichte der internationalen Beziehungen im langen 19. Jahrhundert und ist deshalb zu begrüßen. Die Jahre zwischen 1849 und 1879 erweisen sich – und dies ist ein ganz wesentliches Ergebnis der Studie – als ein wichtiger Umbruchszeitraum zwischen einer erstarkten Öffentlichkeit, deren Meinungsbildung immer weniger von aktiver staatlicher Zensur gefährdet war, und einem vollständig ausgeprägten massenmedialen Zeitalter. Die Mechanismen der staatlichen Pressepolitik müssen in diesem Kontext gesehen werden als erste Versuche, staatlichen Einfluss jenseits der überkommenen Zensurmaßnahmen auszuüben. Dabei wurden auf beiden Seiten Erfahrungen gesammelt, die das Verhältnis der Politik zu Presse und Öffentlichkeit nachhaltig prägten.

Vor diesem Hintergrund stellt Feldmann die in der bisherigen Forschung gerne gebrauchte idealtypische Unterscheidung zwischen einer repressiven „negativen“ und einer auf weiche Einflussnahme abzielenden „positiven“ Pressepolitik mit guten Gründen in Frage, weil die Intention des staatlichen Handelns sich im Prinzip nicht änderte. Neu an der Pressepolitik seit 1849 war vor allem, dass eine Institutionalisierung stattfand, indem spezialisierte Pressefilialen und -büros gegründet und systematisch Kontakte mit dem Ziel staatlicher Einflussnahme aufgebaut wurden. Repressive Maßnahmen gegenüber der Presse verschwanden seit den späten 1850er Jahren in Preußen im Zuge der „Neuen Ära“ und in Österreich als Folge des Zusammenbruchs des neoabsolutistischen Systems. Beide deutsche Großmächte bauten ähnliche Strukturen auf: Zentrale, zumeist den Innenministern unterstehende Büros gab es in Wien und Berlin, von wo aus die Pressepolitik koordiniert wurde, ferner eigene Mitarbeiter in den Gesandtschaften des Dritten Deutschlands. Von besonderer Bedeutung waren die Standorte Frankfurt am Main als Sitz des Deutschen Bundes und – für Österreich – Leipzig als der Hauptstadt des deutschen Buchhandels. Probleme gab es wegen des immer wieder beklagten Finanzmangels sowie der relativen Langsamkeit der Prozesse, die mit den sich wandelnden technischen Möglichkeiten (vor allem der Telegraphie) nur unzureichend Schritt halten konnten. Auffällig ist, dass es trotz der in den 1850er Jahren vorhandenen Revolutionsfurcht der Regierungen in Berlin und Wien nie zu einem gemeinsamen pressepolitischen Vorgehen Preußens und Österreichs unter konservativ-reaktionären Vorzeichen

kam. Im Zuge der Verschärfung des preußisch-österreichischen Dualismus verlagerte sich die Zuständigkeit für die Pressepolitik in den 1860er Jahren immer mehr in die Außenministerien. Otto von Bismarck gründete ein eigenes Pressebüro mit Mitarbeitern, die er noch aus Frankfurt kannte. Der vormalige sächsische und seit 1866 österreichisch(-ungarisch)e Außenminister Ferdinand von Beust folgte ab 1867 diesem Beispiel. Die Hochphase der konfrontativen dualistischen Pressepolitik fiel denn auch in die Jahre 1865 bis 1871. Seit den 1860er Jahren wurde die Presse zudem immer öfter unmittelbar als Mittel der Außenpolitik instrumentalisiert, indem etwa versucht wurde, die öffentliche Meinung im Sinne preußischer oder österreichischer Ziele zu beeinflussen, man via Presseberichterstattung „Testballons“ im Hinblick auf außenpolitische Streitfragen steigen ließ oder die andere Seite durch bewusste Indiskretionen zu beschädigen suchte. Die Emser Depesche (1870) bzw. die „Krieg-in-Sicht-Krise“ (1875) sind hierfür bekannte Beispiele.

Nach 1871 war das Ziel der Bismarckschen Pressepolitik vor allem die Heilung der Wunde von 1866 bzw. die Erhaltung des habsburgischen Vielvölkerstaats auch und vor allem gegen seine deutschnationalen Gegner. Die Schließung der österreichisch-ungarischen Pressefiliale in Leipzig Ende 1879 markierte dann endgültig das Ende der konfrontativen dualistischen Pressepolitik. Ein kleiner Kritikpunkt kann der gelungenen Arbeit abschließend allerdings nicht erspart bleiben: Es ist angesichts der Thematik unverständlich, warum Feldmann den wichtigen, 2006 erschienenen Band VIII.2 des von Helmut Rumppler und Peter Urbanitsch herausgegebenen Werks „Die Habsburgermonarchie 1848–1918“, der sich ausführlich mit der Presse als Faktor der politischen Mobilisierung beschäftigt, offensichtlich kaum verwendet hat.

---

*Tait Keller*, *Apostles of the Alps. Mountaineering and Nation Building in Germany and Austria, 1860–1939*. Chapel Hill, N. C., University of North Carolina Press 2016. XVII, 283 S., \$ 29,95. // DOI 10.1515/hzhz-2017-1226

---

Siegfried Weichlein, Fribourg

Die Forschung zu Nationalismus und *nation-building* wendet sich Gegenständen zu, die ein neues Licht auf die bisherigen Befunde zur politischen Geschichte, zu den nationalen Parteien und zum organisierten Nationalismus werfen. In diese Linie gehören Arbeiten zu „Sweeping the German Nation. Domesticity and National Identity